

# mittendrin

Ausgabe 04 / 2018 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Nicht egal, wer regiert

Die ersten knapp anderthalb Jahre in der rot-rot-grünen Koalition liegen hinter uns. Dass wir in Regierungsverantwortung einiges richtig zu machen scheinen, belegen unsere wachsenden Mitgliederzahlen und die aktuellen Umfragen. Danach stellen wir mit Klaus Lederer nicht nur den beliebtesten Senator der Stadt, sondern sind berlinweit erstmalig die stärkste Partei. Das motiviert und gibt Kraft für die nächste Zeit. Natürlich ruhen wir uns auf den guten Umfragewerten nicht aus; die Herausforderungen auf dem Weg zur sozialen, ökologischen Stadt bleiben gewaltig.

Unser Ziel bleibt, die soziale Spaltung in der Stadt abzubauen. Erste Erfolge haben wir dabei erreicht. Die Bedarfsprüfung in der Kita wurde abgeschafft. Wir haben ein zentrales Wahlversprechen eingelöst und die Ausführungsvorschrift Wohnen neu geregelt. Die festgeschriebenen Richtwerte für die Mietkosten für Haushalte im Transferbezug (Hartz IV, Grundrente, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz) wurden endlich der Realität angepasst. Vor allem Familien mit Kindern und Alleinerziehende werden so zu-

mindest ein Stück weit entlastet und müssen die Miete nicht mehr über einen leeren Kühlschrank finanzieren. Der Empfängerkreis für das Sozialticket wurde ausgeweitet, auch Empfangende von Wohngeld sowie von NS- und SED-Opferrente haben jetzt einen Anspruch darauf. Der aktuelle Doppelhaushalt trägt eine eindeutig linke Handschrift: die Mittel für die Obdachlosenhilfe wurden fast verdoppelt, für Projekte gegen Rassismus und Homophobie wurden die Mittel deutlich erhöht und Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen werden ebenfalls gestärkt. Und manchmal zeigt es sich ganz praktisch und konkret, dass es nicht egal ist, wer regiert: Als es ganz kalt wurde, hat Sozialsenatorin Elke Breitenbach den Protokollbus der Senatskanzlei kurzerhand zum zusätzlichen Kältebus für die Obdachlosenhilfe umfunktioniert.



Katina Schubert, Vorsitzende des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE

Wir wollen eine funktionierende Stadt und dabei geht es voran: die Bürgerämter funktionieren besser, die Bezirke und Verwaltungen können nach Jahren des Sparens wieder umfassend Personal einstellen, die Beamten und das Lehrpersonal werden besser bezahlt. Natürlich liegen vor uns noch viele Aufgaben und Widerstände. In einer Dreier-Konstellation knirscht es auch mal und Entscheidungen gehen nicht immer von heute auf morgen. Über die Themen Innere Sicherheit, Wohnungsbau und Bür-

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Mitte 2017 mit über zehn Millionen Euro Überschuss

Damit wurden wir der finanziell erfolgreichste Berliner Bezirk. Andreas Böttger berichtet aus der BVV-Tagung und hätte Vorschläge für die sinnvolle Verwendung der Mittel. Da gibt es sicher viele "Baustellen" im Bezirk. Einige kamen auch zur Sprache.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

### Jedes Kind braucht eine faire Chance fürs Leben

Dafür engagiert sich Petra Schrader als Referentin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und zugleich als Vorsitzende des Schulausschusses in der BVV Mitte. Matthias Herold wollte wissen, wie die zweifache Mutter und Oma das bewältigt.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

### Was lange währt, wird eben durchaus nicht immer gut

Zu diesem Ergebnis kam Helge Meves, als er den Vertrag der Partner der Großen Koalition ein wenig genauer betrachtete. Aus dem langen Verhandlungspoker wurde ein dicker Packer Papier gebündelt, der die drängendsten Probleme unseres Landes vertagt

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

„Wohnen und Bauen in Berlin – was hat sich unter Rot-Rot-Grün verändert?“

mit Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

Basistreffen am Mittwoch, 25. 04., 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal

des Karl-Liebknecht-Hauses (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,

U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

**Blick aus dem Amt**

## Bezirk Mitte – ein Ort der Vielfalt dank engagierter Menschen

**U**nter dem Motto „100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus“ hat auch dieses Jahr der Interkulturelle Rat in Deutschland gemeinsam mit vielen Institutionen und Einrichtungen dazu aufgerufen, sich an den Internationalen Wochen gegen Rassismus zu beteiligen. In Mitte haben sich wieder viele Initiativen, Einrichtungen und Akteur\*innen aus Moabit und Wedding vom 12. bis zum 25. März engagiert und verschiedenste Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten in Moabit und Wedding stattfinden lassen. Das reichte von der Theateraufführung über Stolpersteinputzen und Erinnern bis zu Kiezgesprächen über Alltagsrassismus und was dagegen zu tun sei. Als „Mit-Schirmherrin“ bin ich allen Beteiligten für ihr Engagement dankbar.

Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass Rassismus und andere Diskriminierungsformen nach wie vor Teil unseres gesellschaftlichen Miteinanders sind. Umso wichtiger ist es, dass sich so viele Einrichtungen im Bezirk gegen Diskriminierung und für ein gutes Miteinander positionieren und dafür auch etwas tun, indem sie z.B. Möglichkeiten des Austauschs und (Kennen-)Lernens schaf-

fen. Als Mitglied des Bezirksamtes Mitte ist es mir wichtig, dass der Bezirk Mitte mit den Partnerschaften für Demokratie, „Demokratie in der Mitte“, und dem Vor-Ort-Büro gut aufgestellt ist und kontinuierlich mit vielen Akteur\*innen und Engagierten das Bundesprogramm „Demokratie leben“ unter Federführung des Jugendamtes in die Tat umsetzt. Die damit angeregte und finanzierte präventive Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homo- und Transphobie und religiösen Fundamentalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit u.a. in Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um ein demokratisches, freies und respektvolles Zusammenleben aller zu sichern.

Diese Aufgabe müssen wir dauerhaft bewältigen, die internationalen Wochen gegen Rassismus sind ein Höhepunkt, ebenso Gedenktag. Damit diese Termine nicht zu starren Abläufen und formalisiertem Gedenken führen, braucht es immer wieder neue Ideen und Vermittlungsformen, um den aktuellen Wert von Arbeit gegen Diskriminierung herauszustellen und insbesondere junge Menschen zu erreichen, zu sensibilisieren und zu stärken.



Tobias Schulze, MdA reinigte „Stolpersteine“ im Weddinger Sprengelkiez während der Wochen gegen Rassismus

„Zusammen gegen Rassismus“ ist in diesem Sinne ein starkes Zeichen für eine offene, respektvolle und vielfältige Gesellschaft in Mitte, die wir tagtäglich schaffen.

**Dr. Sandra Obermeyer**

**Aus der BVV**

## Berlin Mitte mit 10,6 Millionen Euro Überschuss im Jahr 2017

**I**m Jahr 2017 hat der Bezirk Berlin-Mitte nach der Basiskorrektur einen Überschuss von 10,6 Millionen Euro erzielt. Damit erreichte Berlin-Mitte den besten Jahresabschluss aller Berliner Bezirke in diesem Jahr. Die Linksfraktion hofft, dass diese Überschüsse letztlich genutzt werden, um die Investitionen in Personal und Infrastruktur im Bezirk nachzuholen, die seit vielen Jahren vernachlässigt wurden und so den Überschuss überhaupt erst ermöglicht haben.

Die Bezirksverordnetenversammlung befasste sich in einer thematischen Stunde mit dem Nikolaiviertel. Gewerbetreibende und Anwohnerinitiativen hatten sich besorgt über eine zu restriktive Genehmigungspraxis geäußert, die

mit der Erhaltungssatzung einziehen könnte. Während der Diskussion meldete sich Rüdiger Lötzer (DIE LINKE) zu Wort und wies daraufhin, dass der für Wirtschaft zuständige Stadtrat von Dassel (Grüne) bisher nicht auf die Beschwerden aus dem Gebiet reagiert hat und vom Bezirksamt eine restriktive Genehmigungspraxis für Veranstaltungen betrieben wird. Das Nikolaiviertel wird förmlich von Baustellen umzingelt und es den Gewerbetreibenden sehr schwer gemacht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Am Ende wurde ein Änderungsantrag der Linksfraktion zu einem CDU-Antrag übernommen, in dem Anwohner und Gewerbetreibende einen Ansprechpartner im Bezirksamt für ihre Probleme bekommen und dass die Folgen der Erhaltungssatzung evaluiert



werden sollen. Die BVV beschloss außerdem einen Antrag der Linksfraktion, am Standort Adalbertstraße das Schulbauvorhaben zu realisieren und den Tennissport dort zu erhalten.

Des Weiteren verzögert sich die Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der nördlichen Luisenstadt, weil aufgrund von Bodenfrost die Aufstellung der Schilder nicht erfolgen konnte. Zudem musste das Bezirksamt zugeben, dass es immer noch nicht geschafft hat, den Vertrag mit dem Cafe „Simit Evi“ in der Müllertstraße zu verlängern.

**Andreas Böttger**

# Augen zu und zu kurz gesprungen

## Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vertagt die Lösung der drängendsten Probleme

**E**inige Probleme gesehen, aber zu kurz gesprungen und etliches verdrängt. So könnte ein Kurzfazit des Koalitionsvertrages lauten. Es gibt zwar durchaus Ansätze wie eine verschärfte Mietpreisbremse, eine verweigernde Steuerentlastung für die Unternehmen und die höheren Einkommensbezieher, höhere Finanztransfers, höhere Rentenleistungen, neue Unterstützungen für Familien und Eigenheimkäufer, die Energiewende wurde immerhin bestätigt. Aber die dadurch ausgelöste Stärkung der Binnenwirtschaft hält sich in Grenzen, die Demokratie wird nicht weiterentwickelt, die Festlegungen zur Ökologie spotten jeder Beschreibung und die soziale Ungleichheit bleibt weiterhin ein Hindernis für die Entfaltung der gesellschaftlichen Ressourcen.

Eine neoliberale Politik mit Steuersenkungen, Sparpolitik und Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen und Bürger\*innen konnte die Union nicht mehr durchsetzen. Damit haben SPD-Politiker\*innen und viele Beobachter\*innen Recht: Der Koalitionsvertrag trägt eine sozialdemokratische Handschrift. Schon in der letzten Legislaturperiode hatte die SPD mit Mindestlohn, Mietpreisbremse oder der Rente mit 63 erste Ansätze durchgesetzt. Diese Ansätze und Themen sind ausgebaut worden, bleiben aber hinter den Erfordernissen weit zurück.

Ein paar Schlaglichter: Der soziale Wohnungsbau wird fortgesetzt, aber nicht ausgebaut – so wird die Wohnungsnot nicht behoben. Das angekündigte Baukindergeld ist ein Mittelstandsgeschenk: es dient dem Vermögensaufbau, nützt aber nicht gegen die Wohnungsnot. Für Europa hat die Groko viele warme Worte, aber keinen Bruch mit der Sparpolitik im Angebot. Die Bekämpfung von Fluchtursachen gibt sie als offizielles

Ziel aus, aber ein Stopp von Waffenexporten, Aufrüstung, Kriegseinsätzen oder der Zusammenarbeit mit Diktaturen ist mit ihr nicht zu machen. Im Vertrag ist viel von Zusammenhalt die Rede, aber eine Abschaf-

trag die Unmöglichkeit eines sozial-ökologischen Politikwechsels ohne Bruch mit dem finanzmarktgetriebenen Wirtschaftsmodell.

Nicht zuletzt gibt es keine neuen Konzepte, Gestaltungsprojekte oder gar Visio-



Karikatur Klaus Stüttmann

fung der Hartz IV-Sanktionen oder wirksame Schritte gegen Altersarmut sind in ihm nicht vorgesehen. Die 8.000 zusätzlichen Stellen in der Pflege stehen einem Bedarf von mindestens 70.000 Fachkräften gegenüber; dazu sind über 20.000 Stellen der niedrigen Löhne wegen unbesetzt.

Klare Kante zeigt die neue Groko gegen die Schwächsten: Flüchtlinge sollen noch mehr schikaniert und schneller abgeschoben werden, die Liste der sicheren Herkunftstaaten wird ausgedehnt, Abschiebungen werden beschleunigt. Polizei und Geheimdienste werden deutlich aufgerüstet. Für den Klimaschutz wurde das Ziel, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, einfach aufgegeben. So markiert der Koalitionsver-

trag die Unmöglichkeit eines sozial-ökologischen Politikwechsels ohne Bruch mit dem finanzmarktgetriebenen Wirtschaftsmodell. Nicht zuletzt gibt es keine neuen Konzepte, Gestaltungsprojekte oder gar Visio-

**Helge Meves,**

arbeitet im Bereich Strategie & Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle

Die Linke – Fraktion in der BVV

**Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden an jedem **Mittwoch von 15 bis 17 Uhr** und nach **Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

[kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de](mailto:kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de)

Fortsetzung von Seite 1: **Nicht egal, wer regiert**

gerbeteiligung werden wir wahrscheinlich auch zukünftig mit den anderen Parteien streiten. Dabei steht für uns immer die Frage „Wem gehört die Stadt?“ im Mittelpunkt.

Eine Stadt ist für uns dann lebenswert, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Berufe, unterschiedlicher Lebensentwürfe zusammen leben können, der Kampf gegen soziale Verdrängung bleibt zentral. Wir stehen solidarisch an der Seite

der Mieterinnen und Mieter im Kampf um bezahlbares Wohnen. Zusammen mit der Stadtgesellschaft und den vielen Anwohner- und Mietinitiativen wenden wir uns gegen den Ausverkauf der Stadt und holen uns das Öffentliche zurück. Damit wollen wir uns auch auf unserem nächsten Landesparteitag am 14. April beschäftigen. Unseren Antrag findet ihr im Internet auf <https://dielinke.berlin/partei/parteitag/6/4-tagung>

**Katina Schubert**

## BÜRGER\*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer

Mitglieder der Linksfraktion in der BVV Berlin Mitte laden ein

**JEDEN 2.FREITAG IM MONAT**

16:00 – 18:00

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12  
13347 Berlin – Wedding



# Fußlahme und falsche Freunde: Der Namensstreit im Afrikanischen Viertel

**Fröhlich will die CDU in der nächsten Runde des Umbenennungsverfahrens im Afrikanischen Viertel erneut ihren billigen Rosstäuschertrick anwenden, indem sie die Änderung der Straßennamen durch schlichte Umwidmung auf eine andere Person scheinbar unnötig macht. Diese andere Person heißt dann zwar genauso, ist aber eben jemand anderes gewesen – was jedoch die meisten nicht wissen.**

Viertel war, hat keinen Gutachter bestellt. Zusätzlich leistete sie sich die Peinlichkeit, sich ausgerechnet von der AfD-Fraktion darin bestärken zu lassen, dass die Namen Lüderitzstraße und Nachtigalplatz erhalten bleiben müssten. Begründung: Das soll einen kritischen und reflektierenden Umgang mit dem historischen Erbe ermöglichen!

In Wedding selbst engagiert sich auch die Initiative Pro Afrikanisches Viertel (IPAV)



Weiter Huldigung für Rassisten oder was?

Vor einigen Jahren hatte die CDU dieses Spielchen schon mal bei der Petersallee probiert, die an den Afrikaforscher und Kolonialisten Carl Peters erinnert, der als Rassist bekannt war und wegen offener Gewalt gegen Indigene den Beinamen „Hänge-Peters“ trug. Letztlich aber war diese Umwidmung weder rechtswirksam noch in der Bevölkerung bekannt geworden.

Die BVV hatte beschlossen, die Straßen wegen ihrer problematischen Namensgeber umzubenennen und Gutachtende der einzelnen Bezirksfraktionen haben ihre Empfehlungen für neue Straßennamen öffentlich vorgestellt. Die Experten sollten aus 196 Namensvorschlägen je drei Personen auswählen, die als neue Namensgeber\*innen für die Petersallee, die Lüderitzstraße („Lügenfritz“) und den Nachtigalplatz (Kolonialkommissar Gustav Nachtigal) in Frage kämen, so Kulturstadträtin Sabine Weißler (Grüne); dabei sollten insbesondere Frauen der Befreiungs- und Emanzipationsbewegung gewürdigt werden.

Die CDU-Fraktion, die schon bisher gegen die Straßenumbenennung im Afrikanischen

nicht für die Umbenennung, sondern für die Umwidmung der Straßennamen. Allerdings wird ihre Repräsentativität gegenüber der Gesamtzahl der Bevölkerung im Afrikanischen Viertel überschätzt. Und das „Pro“ bezieht sich wohl eher auf das Interesse einiger Gewerbetreibender, angeblich übergroße Kosten für Adressenänderungen einzusparen als auf die ausreichend späte Einsicht einer bitter notwendigen Änderung.

Das Bündnis „Decolonize Berlin“ sprach sich – ähnlich wie die Linksfraktion – dafür aus, die Straßen im Afrikanischen Viertel endlich umzubenennen. Berlin könne damit beweisen, „dass es seiner kolonialhistorischen Verantwortung gegenüber allen betroffenen Ländern gerecht werden will“. Der Kulturausschuss in Mitte wird sich nun auf drei Namen einigen, am 19. April könnte die Bezirksverordnetenversammlung dann einen Beschluss fassen. Die Umbenennung selbst wird frühestens Ende des Jahres geschehen; sollte es Klagen geben, kann es aber auch noch zwei Jahre oder sogar länger dauern.

**Rainer Scholz**

## Bei anderen gelesen

### ➤ Mehr Demokratie und Widerstand

Es gibt kein Glück ohne das Glück der anderen. Ich mag Menschen nicht, die in ihrem theoretischen Weltveränderungsfeuer kalt gegen den Einzelnen werden, der jetzt und immer wieder jetzt Hilfe braucht. Auch meine. Heute.

Wir brauchen wieder viel mehr Demokratie und auch Widerstand, und zwar von unten auf. Zum Beispiel gegen die Kriege, an denen Deutschland beteiligt ist. Das Gebot der Stunde heißt: „Repolitisation und Einsatz für europäische Ideen – das geht womöglich nicht ohne Streit ab mit denen, die wieder deutschnational denken.“

*Friedrich Schorlemmer in „Neues Deutschland“, 17./18.03.2018*

### ➤ Signale Richtung Russland

Der Bundespräsident gratulierte Wladimir Putin zur Wiederwahl, die Bundeskanzlerin erst später. Solange der Konflikt um den Umgang mit Russland von den Beteiligten fein nuanciert wird, muss das kein Schaden sein. Die Kanzlerin sollte aber schon darauf achten, dass es so bleibt.

*„Der Tagesspiegel“, 20.03.2018*

### ➤ Mit May in den Krieg?

Mit dem Russland-Bashing will London von hausgemachten Problemen ablenken. Nach den USA hat sich nun auch die EU hinter London gestellt. Wird das ein Bündnisfall? May hat die NATO eingeschaltet, aber die Allianz zögert noch. Es wäre eine gefährliche Eskalation. Um ein Haar hätte die angeschlagene Regierungschefin von einem „Kriegsakt“ gesprochen.

*„taz“, 16.03.2018*

### ➤ Eine Kampfansage an Merkel

Mit seinem Interview zur Rolle des Islam in Deutschland und zum Schengen-Raum rächt sich Horst Seehofer an Merkel. So wird er zum gefährlichsten Gegner, den sie je hatte.

*„Cicero“, 20.03.2018*

### ➤ Fristenverlängerung im Koalitionsvertrag

Begreifen die Parteien, was nun kommt? Die Regierung ist eine des Übergangs, in dem noch die alte Nachwende-Bundesrepublik steckt. Der Koalitionsvertrag ist ein Antrag auf Fristenverlängerung. Es soll so weiter gehen, wie es in den vergangenen Jahren lief. Was kommt, ist unklar, und es herrscht Unsicherheit, weil draußen die Monster als drohende Begleiterscheinung solcher Übergangszeiten immer lauter werden. Die AfD ist so ein Monster.

*„Die Zeit“, 08.03.2018*

## Kurznachrichten

### ► 222 gewaltsame Konflikte 2017

Dazu zählt das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung gewaltsam ausgetragene Auseinandersetzungen zwischen Staaten, Volksgruppen und politischen Gruppierungen. Auf dem "Konfliktbarometer" des vergangenen Jahres stehen 20 Kriege. Das sind Auseinandersetzungen der höchsten Eskalationsstufe. Kriege und Krisenherde sind vor allem afrikanische Staaten südlich der Sahara, sowie der Vordere und Mittlere Osten. In Europa haben die Forscher "nur einen Krieg" verzeichnet – die Kämpfe in der Ostukraine.

### ► Niedrige Mindestlöhne in Deutschland

In Belgien beträgt der Mindestlohn 9,47 Euro, in den Niederlanden 9,68 Euro. In Frankreich gelten 9,88 Euro und in Luxemburg sogar 11,55 Euro. Die BRD hangelt mit 8,84 Euro hinterher.

### ► Statistik zum Frauentag

Immer mehr Frauen zwischen 25 und 55 Jahren leben als Unabhängige von ihrem Einkommen. Das waren 2012 noch 42 Prozent, aber 2016 schon 72 Prozent der berufstätigen alleinstehenden Frauen. Die Zahl der berufstätigen kinderlosen Frauen nahm zu. Von ihnen waren 2012 gerade 20 Prozent unabhängig. 2016 stieg ihre Zahl auf 21 Prozent. Besonders häufig blieben berufstätige Frauen alleinstehend in der Informations- und Kommunikationsbranche.

### ► Neues Uhrwerk für das Rote Rathaus

Das mechanische Uhrwerk, das vor etwa 60 Jahren nachgerüstet worden war, zeigte Verschleißerscheinungen. Der Einbau des neuen elektrischen Uhrwerks wird etwa zwölf Tage in Anspruch nehmen. Die Zeiger auf dem Zifferblatt (Durchmesser 4,75 Meter) haben solange Pause.

### ► Berlins Theater und Orchester gut besucht

Nach einem Bericht der Kulturverwaltung hatten die von Berlin geförderten Theater und Orchester eine durchschnittliche Auslastung von 78 Prozent. Spitzenreiter waren im vergangenen Jahr die Schaubühne und das Sinfonie-Orchester mit über neunzig Prozent, der Friedrichstadtpalast knapp darunter. Die Volksbühne erreichte 71 Prozent, das Schloßparktheater kam auf 48 Prozent.

### Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

## Menschen in Mitte

# Engagement für die Kinder – Petra Schrader zwischen BVV und Abgeordnetenhaus

**Jedem Kind in einem sozial zerrissenen Stadtbezirk wie Mitte eine Chance für ein sinnerfülltes Leben zu geben, ist Herzenssache von Petra Schrader. „Das geht nur gemeinsam“, betont die Referentin der Linksfraktion für Kinder, Jugend, Familie und Sport im Berliner Abgeordnetenhaus. „Ich sehe mich als Teamplayerin“, sagt sie von sich. „Die Kommunikation auf Augenhöhe hat für mich immer Vorrang.“ Sie spielt dabei mit offenen Karten, hat ein Ohr für Sorgen und Probleme von Kindern und Jugendlichen, Eltern und Schulen. „Zuhören, offen und ehrlich die Situation klären und zusammen nach Lösungen suchen, das ist der Weg.“**

Als schulpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Schulausschusses der Bezirksverordnetenversammlung sieht sie die berufliche Verbindung mit dem Abgeordnetenhaus als Vorteil. „Ich sehe vor Ort wie das wirkt, was im Berliner Parlament beschlossen wird und kann Impulse geben, wenn es im Bezirk klemmt und auf Landesebene Handlungsbedarf besteht.“ Petra Schraders größte Sorge: „Ich wünschte mir, Neubau, Erweiterung und Sanierung der Schulen gingen schneller voran, um der wachsenden Schülerzahl eine würdige und anregende Lernatmosphäre zu geben.“ Das sei auch wichtig, um die Gemeinschaftsschulen im Bezirk voranzubringen.

Eigentlich hat Petra Schrader in Potsdam-Babelsberg Außenpolitik studiert. Anfang der 90er Jahre arbeitete die gebürtige Berlinerin am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, als habe sie damals schon geahnt, dass sie ihre berufliche Zukunft einmal jungen Menschen widmen wird. Seit nunmehr 22 Jahren entwickelt sie für die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Konzeptionen, bereitet Anträge, Initiativen und Anfragen vor, kümmert sich mit um die Finanzierung von Vorhaben und ist zugleich Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger.

### Als Linke politische Verantwortung tragen

Zwischendurch war sie im damals hochverschuldeten Bezirk Stadträtin für Schule, Jugend und Sport der DIE LINKE im Bezirksamt



Petra Schrader

Mitte. „Da ging es vor allem darum, die Schließung von Jugendeinrichtungen zu verhindern, Schulen wider besseres Wissen zuzumachen und mit Gebäudeverfall und Personalnot fertig zu werden“, erinnert sich die heute 61-jährige zweifache Mutter und Oma. Sie freut sich, dass sich der Einsatz zur Rettung des Weinmeisterhauses gelohnt hat und dass es gelang, mit „MiA - Mitte in Ausbildung“ ein innovatives Projekt von Bezirk und Jobcenter ins Leben zu rufen, das benachteiligten Jugendlichen Wege in Lehre und Beruf ebnet. „Damals habe ich gelernt, was es bedeutet, als Linke politische Verantwortung zu tragen“, sagt sie.

Nach wie vor setzt sich Petra Schrader für außerschulische Lernorte, wie das Schulumweltzentrum ein. Ein besonderes Auge hat sie auch auf die Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße, deren Existenz am seidenen Faden hing. Ihr Name ist an vielen Schulen des Stadtbezirks ein Begriff für Partnerschaft und Unterstützung. Oft ist sie dort vor Ort. Ihr Engagement für die Kinder ist ihr eben Herzenssache.

Matthias Herold



# Geklaute Tüten, Poké Bowls und Kaffeeklatsch

**In Frankfurt/Main soll es 311, in Prag 3822, in Berlin 1254 Hotels geben. In Berlin-Mitte sollen Adam, Ali und Amir die beliebtesten Baby-Namen sein.**

Und der Frühling soll uns nicht um die Illusion von mediterranem Flair bringen. Gastronomische Verluste des Winters sind die Italiener Tucholskystraße und Neue Promenade. Ob Yummi-Asiaten mit Crossover und Streetfood Gewinner sind, wird sich zeigen. Nie mehr „Häagen Dazs“! Am Hackeschen Markt entsteht „Starbucks“, in Rosenthaler Straße und Ackerhalle schon vergessen. In den Hackeschen Höfen entstand die Zweitstelle der Kaffee-Rösterei Ackerstraße, feinen Kaffee gestalten auch The Barn, Café Reichert, Ben Rahim, Mittendrin, Barcomi's und Eisenbergs, in der Sophienstraße wird die ehemalige Bäckerei Balzer bald ein Brot- und Kuchenverkauf mit Café sein. It's time for Kaffeeklatsch! Das „Einstein“ kommt, wo „Funk You - Natural Food“ und „Woop Woop Ice Cream Store“ schon sind - in die Rosenthaler Straße. Am Weinbergsweg gibts regionales Craft Beer. In der Ackerhalle lockt wie in der Oranienburger Straße „Poké Bay - Pacific Cuisine“

mit pazifischer Kost in Schüsseln. Und an der verampelten Kreuzung Invaliden/Brunnenstraße soll das eingerüstete Warenhaus am Weinberg, 1904 als Jandorf eröffnet, 1927 vom Konzern Hermann Tietz gekauft, mir als DDR-Modeinstitut vertraut, die Heimat eines Autokonzerns werden. Gegenüber werkeln sie gemächlich am Eckneubau. Ja. Berlins alte Mitte hat viele Baustellen. Sogar am mysteriösen Leerstand Torstraße 146 und Linienstraße 86 bewegt sich was. Dank Senatsspritze soll auch der Verfall Auguststraße gestoppt werden - zugunsten einer Jüdischen Sekundarschule. Und am Koppenplatz 5 hat die Galerie Wagner&Partner eröffnet.

Kunst, Kinder, essen, trinken, schlecken, romantische Wasser- und Grünblicke, Höfe, Bars, Schuh-, Brillen- und Frisörgeschäfte, Dreckecken, Parfümerien, Kinos, Theater, Kabarett, Musikanten, Antiquariate und Designerklamotten - alles ist vorhanden. Was fehlt, sind WTB, Waren des täglichen Bedarfs. Die nette Verkäuferin sagt, beim Obst im Straßenverkauf könne sie keine Tüten auslegen, denn hiesige Hundebesitzer klauten ungeniert. So geht's eben zu im teils gentrifizierten falschen Scheunenviertel, wie



Tiefsinnige Frage im Häusermeer

die Spandauer Vorstadt auch genannt wird, ein Kiez, wo nicht nur Touristen spazieren, sondern Menschen arbeiten und sich mindestens 6500 Bewohner sehr zu Hause fühlen.

**Irene Runge**

## Struktureller Benachteiligung von Frauen entgegenwirken

**FrauSuchtZukunft e.V. wurde 1982 von Frauen für Frauen aus der Notwendigkeit heraus gegründet, suchtmittelgefährdeten und abhängigen Frauen Frei- und Schutzräume zu bieten, insbesondere für diejenigen, die strukturelle und/oder individuelle Gewalt in der Vergangenheit erlebt haben oder weiterhin erfahren. FrauSuchtZukunft befindet sich mit dem Cafe Seidenfaden, der Ambulanten Suchttherapie und den vielfältigen Arbeitsprojekten in der Mitte Berlins, gleich am Hackeschen Markt.**

Die feministische Grundhaltung im Verein ist heute wie damals Ausgangspunkt für unsere diskriminierungs- und traumasensible Arbeit. Feminismus bedeutet für uns, struktureller Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken und sich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen. Die Begegnung auf Augenhöhe, Empowerment und Parteilichkeit sind zentrale Werte unserer Arbeit.

Wir arbeiten mit Frauen in allen Phasen der Suchtmittelabhängigkeit: akzeptierend,

ausstiegsorientiert und abstinenzstabilisierend. Wir verstehen Suchtmittelkonsum und süchtige Verhaltensweisen als individuelle Strategien, die Frauen entwickeln, um besondere Belastungen und Schwierigkeiten zu bewältigen. Diese sind in den gesellschaftlichen Strukturen mitbegründet, aber auch in der Biographie jeder einzelnen Frau zu sehen.

Unsere Angebote bilden ein engmaschiges Netz von niedrigschwelliger Beratung und Betreuung, Ambulante Suchttherapie, verschiedene Formen des Betreuten Wohnens für Frauen, Mütter und Kinder und vielseitige Angebote mit dem Ziel einer zeitnahen und nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt oder in andere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Alle unsere Angebote machen es sich zur Aufgabe, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Frauen zu stärken, damit selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft möglich ist. Wir begleiten die Frauen bei der Entwicklung individueller Lösungsstrategien, indem wir ressourcenorientiert arbeiten und den Fokus auf ihre Stärken legen.



Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Kinder aus suchtbelasteten Familien gesund und in einer verlässlichen Umgebung aufwachsen können und ihre Mütter alle Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Sowohl in unserer Arbeit mit den Frauen, Mädchen und Kindern, als auch unter uns Kolleginnen legen wir Wert auf ein Arbeitsklima, das zu eigenverantwortlichem und selbstbestimmtem Leben und Handeln anregt. Als sozialer Träger möchten wir eine Team- und Organisationskultur leben, die von Wertschätzung, Anerkennung und Vertrauen geprägt ist. FrauSuchtZukunft e.V. setzt sich als Träger der frauenspezifischen Suchtarbeit auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene für die materielle und strukturelle Absicherung und Gleichstellung von Frauen ein.

**Stefanie Hilke**

# Mieterbeiräte stärken

**Es gibt sie bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften seit Mitte der 80er Jahre. Zumindest im damaligen Westberlin. Mieterbeiräte sind wichtig, wenn es um Mitbestimmung geht, sie stärken Nachbarschaften, können Korrektiv sein und starke Interessensvertretung.**

Sie werden von den Bewohner\*innen eines Wohngebiets gewählt und vertreten deren Interessen gegenüber dem Vermieter. Es gibt sie vor allem in Großsiedlungen und verdichteten Neubaugebieten. Die Mieterbeiräte haben Anhörungs- und Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Wohnanlage, einem Wohnquartier.

Ich habe im Februar eine schriftliche Anfrage über die Grundlagen für die Arbeit solcher Beiräte gestellt, die Antwort des Senats ist inzwischen da. Aus ihr lässt sich entnehmen, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften

anstreben, in Siedlungen ab 300 Wohneinheiten auf einer einheitlichen inhaltlichen Grundlage Mieterbeiräte einzurichten. Der Senat hat bereits im vergangenen Jahr eine Vereinbarung „Leistungsfähige Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumverantwortung“ abgeschlossen, in der auch dieser Punkt enthalten ist. Und richtig ist, dass mit dem 2016 in Kraft getretenen „Berliner Wohnraumversorgungsgesetz“ die Mitbestimmung der Bewohner\*innen gestärkt worden ist, indem zusätzlich zu den Beiräten auch Mieterräte eingeführt wurden. Diese Räte vertreten die Interessen aller Bewohnerinnen und Bewohner eines Vermieters, während Mieterbeiräte oft für ein Quartier arbeiten. Jede der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften hat einen solchen Mieterrat mit je einem Sitz und einer Stimme im Aufsichtsrat des Unternehmens. Das ist gut.

Diskutiert werden muss aus meiner Sicht über eine weitere Stärkung der Mieterbei-

räte und dies könnte unterstützt werden, indem es einen einheitlichen Rahmen gibt, der die Rechte und Pflichten der Wohnungsbaugesellschaften und ihrer Beiräte absteckt. Ob solche „Formalien“ hilfreich oder nicht sind, darüber gibt es noch keine abschließende Meinung. Wie die Debatten laufen, hängt natürlich wesentlich davon ab, wie stark die Wohnungsbaugesellschaften ihre Mieterbeiräte einbinden, anhören und deren Vorschläge und Kritik in ihre Arbeit aufnehmen.

Ich denke, einheitliche und verbindliche Regeln könnten hilfreich sein, weil sie den Beiräten den Rücken stärken und den Unternehmen ein verlässlicheres Instrument der Beteiligung an die Hand geben.

**Carola Bluhm,**

Vorsitzende der Linksfraktion  
im Berliner Abgeordnetenhaus

# Wohnungslos, obdachlos, hoffnungslos ...



(C) ORLANDO EL MONDRY

**Und was wäre zu tun? Ein paar kaputte Existenzen sind nichts in einem aus 80 Millionen bestehenden Volkskörper. Vielleicht aber können sie durch äußerste Intensivierung zu Wirkstoffen werden: zu jenen seltenen oder gar nicht bekannten personalen Leistungen, die in den Blutstrom eingehen, die inneren Prozesse ermöglichen, beschleunigen, hemmen, ohne sich selbst zu verändern.**

Existenzen also wie Metalle. Eine einzige klappernde Seele, die das Tragische an sich bis zum äußersten intensiviert, den Glauben, die Liebe, kurz, extreme Existenzen tun not. Wer den Fehler macht, sie zu isolieren, sieht sie im Unrecht. Aber das Extrem findet immer seinen Gegner, wie auch der Obdachlose seinen Feind. Das Extrem kann in sich nicht vollkommen sein. Unsere wesentliche Armut ist die an Radikalität, an Menschen, die che-

misch reine Elemente sind. Wir wollen also auf dem schwierigen Weg, auf dem wir uns befinden, das gesuchte Ziel wenigstens in Umrissen errahnen. Wir müssen den richtigen Weg einschlagen, damit wir nicht durch falsche Erfüllungen betrogen werden. Unsere Seele muss sich niederlassen und in brüderliche Allianz treten mit all denen um uns her, mit denen sie gemeinsame Not leidet und mit denen sie den gleichen Drang fühlt nach dem Land der unentdeckten Möglichkeiten und dem Ziel gemeinsamer Freiheit.

**Orlando El Mondry**

**Wir gratulieren im April  
zum Geburtstag!**

- Zum 94. Ernst Haak
- zum 91. Hilde Hartzig
- zum 90. Werner Lemm, Siegfried Zachmann
- zum 89. Eva Tägtmeyer
- zum 88. Erwin Gürnth
- zum 86. Brigitte Rohland
- zum 85. Egon Knoll, Hannelore Schmidt
- zum 84. Edeltraut Aurich, Eva Barth, Friedhold Bauer, Horst Giese
- zum 83. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 81. Reiner Köhler
- zum 80. Peter Lewerenz, Käthe Ortleb
- zum 75. Angelika Freund-Fröhlich
- zum 70. Gudrun Deißerth



## Das ist das Letzte

Wenn man bedenkt, wie lange die Gründerparteien der Bundesrepublik für das Zusammennageln der jetzigen Regierung brauchten, dann war die Vereinigung der rot-rot-grünen Koalition in Berlin ein Rekord! Und das mit besserem Programm und weniger Fragezeichen. Vielleicht werden wir doch eine „Werkstatt der Einheit“, auch, wenn die Wahlergebnisse und gewisse Zuckungen der Regierenden noch immer die Mauerreste in den Köpfen erkennen lassen.

Das wiegt doppelt in einer Zeit, wo der Bund, die EU und das Atlantische Bündnis viel Sperrfeuer schießen gegen jedwede Mitte-Links-Koalition. Die Wiedergeburt der FDP als Notbremse auf der Fahrt nach Jamaika beweist das. Ebenso die Hasstiraden aus London und Brüssel gegen Moskau und eine vernünftige Ostpolitik. Und auch das Anwachsen nationalistischer, rassistischer und extremistischer Gruppierungen vom Baltikum und Österreich bis in Italien, Frankreich und in den USA.

Es bleibt zu hoffen und zu sorgen, dass derlei Hagelschläge – trotz BILD und anderer Medien – nicht noch das Dach des Roten Rathauses treffen!

Unser Senat ist mit seinen vielen Groß-, Mittel- und Kleinprojekten zum Wohl aller Bürger wirklich vollbeschäftigt. Und mit den Stinkbomben der Besserwisser auch, die über Jahrzehnte zu viel aus Schöneberg übersehen hatten. Nun wird uns von höherer Warte der alpine Wadenbeißer Seehofer beschatten und als Brauchtumpfleger mit neuen Heimatgefühlen versorgen. Da werden der redliche Müller und der elastische Lederer wie alle anderen Amtsträger noch manche Tretmine umgehen müssen. Zum Beispiel vom kranken Gesundheitsminister, der Hartz-IV für eine gesunde Lebensbasis hält. Die anderthalb Ossis in der Bundesregierung müssen ihre Augen und Ohren schön offenhalten. Und wir auch, egal ob wir im Suppenkeller der Berliner Tafel oder auf dem Fernsehturm Dienst haben.

**Arthur Paul**

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte  
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:  
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:  
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:  
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 26.03.2018

Ausgabetag für Nr. 05/2018 – 03.05.2018



Viele neue Mitglieder, solide Finanzen und stärkste politische Kraft in Berlin-Mitte. Da kam bei der 3. Tagung der 6. Hauptversammlung am 17. März 2018 gute Laune auf, hier bei Margot Marz, Steve Rauhut und Bernd Otto. (v. r. n. l.)

Foto: M. Thiel

### Bürgerbüro – Carola Bluhm – Katrin Seidel – Udo Wolf

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon: 030 – 22 49 45 77  
kontakt@carola-bluhm.de

www.linksfraktion.berlin

#### Öffnungszeiten:

Montag: 12 bis 14 Uhr  
Mittwoch: 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr  
Donnerstag: 17 bis 20 Uhr  
und nach Vereinbarung

### Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
(Bus 142 Kiatschoustraße, S- und U-Bahnhof  
Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)  
buero.schulze@linksfraktion.berlin

#### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de  
www.tobiasschulze.berlin  
Twitter: @sprengbuero

### Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des  
Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE –  
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats**  
von 17.00 bis 19.00 Uhr im  
Nachbarschaftszentrum  
„Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität,  
Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats**  
im Kreativhaus, Fischerinsel 3,  
10179 Berlin.

#### an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV)  
sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht  
durch die **Rechtsanwältin**

**Nina Jenny Soest und Christian Wisch**  
von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)  
LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin,  
Tel.: 28705751

#### jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14.00 bis 16.00 Uhr  
kostenlose Mieterberatung  
im Karl-Liebknecht-Haus, Raum 523,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178